

„Grün“ – das Statussymbol, das sich die Wohlhabenden leisten können und die Armen teuer bezahlen müssen

geschrieben von Marita Noon | 21. März 2016

[*Ich habe nirgends eine Übersetzung für den Begriff ‚Priuses‘ gefunden. Er ist auch im Original groß geschrieben. Liegt vielleicht ein Verschreiber vor? Anm. d. Übers.]

„Grün“ ist inzwischen zu einem Statussymbol geworden, das sich die Reichen leisten können. Und doch führt ihr Bestreben, ihr „eigenes Gutmenschentum“ nach außen zu tragen, zu höheren Kosten für jene, die sich dies am wenigsten leisten können.

Solarenergie ist ein großartiges Beispiel. Auf der Website von SunRun, einem Unternehmen zum Leasen von Solarpaneelen, findet sich die Story der Verbraucherin „Pat“; sie ermutigen sogar mit der Werbung als „grünes Statussymbol“ zum Kauf anzuregen. Während Pat vielleicht glücklich ist mit ihren Solarpaneelen und „hofft, dass alle Nachbarn ebenfalls auf Solar übergehen“, bürdet ihr „grünes Statussymbol“ den Verbrauchern hohe Unkosten auf, die es sich zumeist nicht leisten können, auf „Solar überzugehen“.

Wie ich schon viele Male geschrieben habe, der Gedanke des Leasings von Solar funktioniert nur aufgrund von Steueranreizen und einem System mit der Bezeichnung „Net Metering“. Erstens müssen alle Steuerzahler für diese Steueranreize aufkommen. Immer wenn die Regierung etwas gibt, zahlt jedermann dafür. Net Metering ist etwas schwieriger zu verstehen. Kurz gesagt, der Versorger wird per Gesetz gezwungen, den durch Solarpaneele auf dem Dach zusätzlich erzeugten Strom zum vollen Tarif zu kaufen – sogar auch, wenn man diesen Strom nur zu einem Bruchteil des Preises des Kraftwerkes verkaufen kann. Da immer mehr Menschen sich diesem Programm zuwenden, steigen die Gesamtkosten für Strom. Man erinnere sich jedoch, dass all jene mit Solarpaneelen eine Null-Rechnung von dem Versorger bekommen, obwohl sie den Strom des Versorgers nachts ebenfalls verbrauchen. Außerdem bürden sie der Allgemeinheit zusätzliche Infrastruktur-Kosten auf wie etwa den Bau von Stromleitungen. Ultimativ wird der Strom nur für Nicht-Solar-Eigentümer immer teurer. Infolge dieser „Kostenverschiebung“ ändern viele US-Staaten ihre Politik bzw. Net Metering dergestalt, dass Solareigentümer für die nicht gezahlten Kosten des Netzes aufkommen. Allerdings ändern die überarbeiteten Programme die Ökonomien wie jüngst in Nevada und machen es für die Unternehmen unprofitabel, in dem Staat zu operieren.

Dies erkennt man glasklar in den immer weiter steigenden Stromkosten – 3 Prozent pro Jahr oder 34 Prozent von 2008 bis zum Oktober 2015, und zwar

dem Institute for Energy Research zufolge – und das, obwohl sich die Preise für die Haupt-Treibstoffe (Kohle und Erdgas) in einem Allzeit-Tief befinden.

Vor einigen Tagen hat *Investor's Business Daily* (IBD) einen weiteren interessanten Blickwinkel angesprochen: „Grüne Energie kann mit Öl zu einem Preis von 30 Dollar pro Barrel wettbewerbsmäßig nicht mithalten“. Die einzige Möglichkeit für „grüne“ Energie ist: „Die Regierung muss die Menschen zwingen, sie zu kaufen; sie muss Strompreise und Heizkosten für Familien und Geschäfte hochtreiben“.

Eine neue, vom IBD zitierte Studie der University of Chicago kommt zu dem Ergebnis, dass für ein Elektrofahrzeug, dass im Betrieb billiger sein soll als eines mit einer modernen internen Verbrennungsmaschine, „der Preis von Öl über 350 Dollar pro Barrel steigen muss“. IBD stellt fest: „Ohne massive zusätzliche Subventionen der Steuerzahler an Unternehmen wie Tesla, müsste sich der Preis von Öl nicht nur verdoppeln oder verdreifachen, sondern mehr als verzehnfachen, bevor batteriebetriebene Fahrzeuge finanziell sinnvoll sind“.

Und doch berichtet die *International Business Times* (IBT): „Der Verkauf ist im vorigen Jahr tatsächlich um 16 Prozent gestiegen, teilweise weil diese Fahrzeuge als Statussymbole dienen und die Fahrer nach außen tragen wollen, wie sehr ihnen die Umwelt am Herzen liegt“.

Am 11. März schreibt der Kolumnist Holman Jenkins im *Wall Street Journal*: „Die Wähler sollten verrückt nach Elektroautos sein“. Warum? Weil, wie er erklärt: „Das Geschäftsmodell von Tesla vollständig von der Großzügigkeit des Steuerzahlers abhängt“. Jenkins weiter: „Tesla-Autos haben ein Status-Siegel, ja. Selbst Kunden der Mittelklasse könnten angezogen werden, trotz der niedrigen Benzinpreise, solange ihm mittels eines enormen Batzens Steuerzahler-Unterstützung geholfen wird“. In seiner Erklärung der „Absurdität ihres Subventions-Regimes“ für die Leser kommt Jenkins zu der Schlussfolgerung: „Und Sie fragen sich, warum Wähler auf irgendeiner Ebene das Gefühl haben, dass unsere politische Klasse Amerika in eine Sackgasse geführt hat, wo nur die Wohlhabenden von diese Subventionen profitieren, ebenso wie von den Gesetzen und dem politischen Einfluss zu ihren Gunsten“.

Alternative Treibstoffe sind auch durch die niedrigen Ölpreise angeschlagen. Die IBT schreibt: „Mais-Äthanol und Diesel auf Algenbasis brauchen Ölpreise, die etwa doppelt so hoch sind wie heute – oder höher – um mit fossilen Treibstoffen wettbewerbsmäßig mithalten zu können“.

Ein anderer Aspekt der „grünen“ sozialen Bewegung hat in der Umgebung niedriger Ölpreise einen Zoll gefordert, und zwar überraschenderweise von Recycling. Unter Verweis darauf, dass Recycling ein „Geschäft mit 100 Milliarden Dollar Umsatz pro Jahr“ ist, sagt der Reporter Stacy Venek Smith von *National Public Radio*: „Plastik wird aus Öl hergestellt, und wenn also das Öl billig wird, wird es auch billig, immer neues

Plastik herzustellen. Wenn der Ölpreis wirklich sehr niedrig liegt, kann es tatsächlich teurer sein, recyceltes Plastik zu verwenden, weil dieses sortiert und gereinigt werden muss“. Aus Salt Lake City berichtete die Fernsehstation KUTV: „Viele Geschäftsbereiche finden es billiger, neues Plastik herzustellen als recycelte Materialien zu verwenden“. In Montana wird Plastik der *Phillipsburg Mail* zufolge nicht mehr für das Recycling gesammelt, „weil die Preise pro Pfund niedriger lagen als die Kosten für Benzin und die Entfernungen für die entsprechenden Fahrten“.

Das Problem ist international. Deutschland hat einen Ruf als Recycling-Modell mit dem Ziel, 36% der Plastikerzeugung des Landes aus recyceltem Material herzustellen, und „die deutschen Verbraucher finanzieren Recycling mittels Lizenzabgaben, welche auf die Preise der von ihnen gekauften Produkte aufgeschlagen werden“. Das sagt *Deutsche Welle*, Deutschlands führende Organisation für internationale Medien-Entwicklung in einem Report mit dem Titel [übersetzt] „niedrige Ölpreise bedrohen das Plastik-Recycling in Deutschland“. Darin heißt es: „Für Hersteller, die strikt auf die Kosten achten, wäre die Option auf billigere neue Plastikwaren ökonomisch attraktiver“. Allerdings werden viele Unternehmen in dem Bestreben, „umweltfreundlich“ dazustehen, „die Aufpreise für recyceltes Plastik zahlen“ – was höhere Preise für die Verbraucher dieser Plastikerzeugnisse bedeutet.

Hinsichtlich des Recycling-Problems schreibt der *Guardian*: „Recycling funktioniert nur, wenn es jemanden auf der anderen Seite der Gleichung gibt, jemanden, der das recycelte Material kaufen will“.

Zum Glück für die Recycling-Industrie, aber zum Schaden der Verbraucher, die höhere Preise für Plastikerzeugnisse zahlen müssen, kommt die *Phillipsburg Mail* zu dem Ergebnis: „Eine Menge *Fortune-500-Unternehmen* [?] wollen immer noch recycelte Ware kaufen, um Nachhaltigkeits-Ziele zu erreichen“.

Trotz Behauptungen, dass der „Grüne Wohlstand“ [green prosperity], der eine solche Politik impliziert, „Armut bekämpfen und den Lebensstandard heben kann“, ist das Gegenteil der Fall. Jedermann zahlt mehr – selbst jene, die sich das am wenigsten leisten können – nur damit die nach grünen Statussymbolen gierenden Eliten sich gut fühlen und sich als die richtigen Führer der Gemeinde gerieren können.

Link:

<http://oilpro.com/post/23132/greenthe-status-symbol-affluent-can-afford-costs-poor>

Übersetzt von Chris Frey EIKE